



Niederschrift

über die 28. Sitzung des Kreis- und Finanzausschusses
am 07.04.2022

Landkreisverwaltung Anhalt-Bitterfeld, Kreistagssitzungssaal, Am Flugplatz 1, 06366
Köthen (Anhalt)

Beginn der Sitzung: 17:03 Uhr

Ende der Sitzung: 18:25 Uhr

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der anwesenden Ausschussmitglieder und der Beschlussfähigkeit
- 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Abstimmung über die Niederschrift vom 03.03.2022
- 6 Bekanntgabe der in der letzten nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse, sofern nicht das öffentliche Wohl oder berechtigte Interessen Einzelner entgegenstehen
- 7 Informationen der Verwaltung
- 8 Bekanntgabe amtlicher Mitteilungen
- 9 Vorberatung der öffentlichen Vorlagen für den Kreistag am 21.04.2022
- 9.1 Radverkehrskonzept des Landkreises Anhalt-Bitterfeld BV/0504/2022
- 9.2 Antrag der Fraktion Freie Wähler des Kreistages Anhalt-Bitterfeld zur Veränderung der Besetzung mit einem sachkundigen Einwohner im Sozial- und Gesundheitsausschuss BV/0510/2022
- 9.3 Antrag der Fraktion CDU-FDP zur Veränderung der Besetzung mit einem sachkundigen Einwohner im Rechnungsprüfungsausschuss BV/0511/2022
- 9.4 Wahl eines neuen stimmberechtigten Mitgliedes und eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses BV/0516/2022
- 9.5 Veränderung bei der Besetzung des Vergabeausschusses - Fraktion SPD-Grüne IV/0019/2022
- 10 Behandlung öffentlicher Vorlagen
- 11 Anfragen und Anregungen der Ausschussmitglieder

Öffentlicher Teil

Punkt 1. Eröffnung der Sitzung

Da der Ausschussvorsitzende, **Herr Grabner**, sich vom Termin verspätete, übernahm der der stellvertretende Ausschussvorsitzende, **Herr Northoff** die Sitzungsleitung.

Herr Northoff eröffnete die 28. Sitzung des Kreis- und Finanzausschusses.

Punkt 2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der anwesenden Ausschussmitglieder und der Beschlussfähigkeit

Herr Northoff stellte fest, dass keine Einsprüche zur ordnungsgemäßen Ladung vorlagen. Zu Beginn der Sitzung waren 8 Mitglieder anwesend, der Kreis- und Finanzausschuss war somit beschlussfähig.

Punkt 3. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Es gab keine Änderungsanträge.
Die Tagesordnung wurde **einstimmig** bestätigt.

Punkt 4. Einwohnerfragestunde

Es gab keine Anfragen von anwesenden Gästen.

Punkt 5. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Abstimmung über die Niederschrift vom 03.03.2022

Es gab keine Einwendungen. Die Niederschrift wurde **einstimmig** mit 7 Ja-Stimmen, bei einer Enthaltung, **bestätigt**.

Punkt 6. Bekanntgabe der in der letzten nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse, sofern nicht das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner entgegenstehen

Herr Northoff teilte mit, dass in der nicht öffentlichen Sitzung des Kreis- und Finanzausschusses am 03.03.2022 keine Beschlüsse gefasst wurden.

Punkt 7. **Informationen der Verwaltung**

Da **Herr Grabner** noch nicht anwesend war, konnte dieser auch keine Informationen geben. Herr Northoff fragte bei **Herrn Böddeker** nach, ob Informationen vorliegen würden. Dies verneinte **Herr Böddeker**.

Punkt 8. **Bekanntgabe amtlicher Mitteilungen**

Herr Northoff gab bekannt, dass die nächste Sitzung des Kreis- und Finanzausschusses am 19.05.2022, 17.00 Uhr, im Kreistagssaal stattfinden wird.

Punkt 9. **Vorberatung der öffentlichen Vorlagen für den Kreistag am 21.04.2022**

Punkt 9.1. **Radverkehrskonzept des Landkreises Anhalt-Bitterfeld** **Vorlage: BV/0504/2022**

Einleitend sagte **Herr Hippe** einige Worte zur vorliegenden Beschlussvorlage, u. a. die Notwendigkeit eines Radverkehrskonzeptes für den Landkreis Anhalt-Bitterfeld. Es handelt sich um ein Strategiepapier, dessen Erstellung sehr umfangreiche Recherchen vorangegangen sind. Es handelt sich um einen Fahrplan/Grundlage für die Zukunft, welcher sich mit dem Thema Radverkehr, Radwege und Radinfrastruktur auseinandersetzt, dass sowohl auf den Landesstraßen als auch im kommunalen Bereich betrifft. Sowohl im Alltags- als auch im Tagesverkehr sind die Schulen angesprochen worden, wie sie den Radverkehr bzw. die Radeinrichtung in den Schulen einschätzen.

Es ist jetzt ein Papier vorhanden (auf Grundlage der inhaltlichen Vorgaben des Landes), mit dem konkrete Maßnahmen und Projekte angegangen werden können.

Wir sind jetzt mit dem vorliegenden Papier in der Lage, an die entsprechenden Partner heranzutreten und sie aufzufordern, mitzuarbeiten.

Herr Hippe bat darum, mit diesem strategischen Papier als Grundlage für die weiteren Aktivitäten – auch in den Ausschüssen – zu schauen, welche Projekte angegangen werden können, wer sich darum kümmert. Auch im Bereich der Kreisstraßen, welche Maßnahmen werden als nächste angegangen, wer kümmert sich um Fördermittel, wer führt die Partner zusammen. Das sind die nächsten Aufgaben, die nun anstehen. Grundlage hierfür ist der vorliegende Fahrplan – das Radfahrkonzept.

Herr Hippe bat nochmals um Zustimmung.

Herr Northoff erklärte, dass im Bau-, Wirtschafts- und Verkehrsausschuss die Bitte aufkam, die Verwaltung möge aus der Vielzahl der aufgeführten Maßnahmen eine Übersicht von

jeweils 10 herausarbeiten, die vorrangig in Angriff zu nehmen wären. Wann kann mit dieser Auflistung gerechnet werden?

Herr Hippe erklärte, dass die Auflistung und die Kartierung mit den Altkreisen fertig sei, diese liegt als Tischvorlage jedem Mitglied vor.

Herr Northoff bat darum, dass diese Auflistung allen Kreistagsmitgliedern zugesandt wird.

Herr Egert sagte bezüglich der Bevölkerungszahl, dass die Prognosen von 2014 auch Grundlage für das Radverkehrskonzept bildet. Anhand des jetzt zu erwartenden Zensus ist es dann denkbar, dass hier nochmal eine Aktualisierung stattfindet?

Weiter merkte **Herr Egert** an, dass auf Seite 28 die radtouristische Nutzung von stillgelegten Bahntrassen angesprochen wird, kostenseitig ist hier fraglich, was passiert mit dem was drin ist bzw. wie das umgesetzt werden kann. Wie wird das gesehen? Auf Seite 29 sind immer wieder diese DTV Zahlen angegeben, wie relevant ist das für die Notwendigkeit, eine Radstrecke zu bauen? Weiter hatte **Herr Egert** eine grundsätzliche Frage zum Papier: hier gab es nichts kreisübergreifendes. Es gibt viele Radwege, die nicht an der Kreisgrenze aufhören, sondern weiter gehen. Wie ist hier die Zusammenarbeit mit anderen Landkreisen?

Herr Hippe antwortete, dass es sich hier um ein dynamisches Papier handelt, es baut auf den Daten auf, die jetzt eingestellt sind. Sicherlich gibt es Entwicklungen, die Veränderungen mit sich bringen. Es ist vom Fachplaner empfohlen, dass dieses Papier fortgeschrieben wird. Über 2/3 Jahre sollten diese Aktualisierungen vorgenommen werden, dies ist alles GIS gestützt und auf jeden Fall vorgesehen.

Zur Frage der preislichen Einbindung der Partner im Umfeld antwortete **Herr Hippe**, das diese erfolgt ist, insbesondere dort, wo wir im touristischen Bereich unterwegs sind.

Zur Thematik der Bahntrassen sagte **Herr Hippe**, dass es bei uns im Wesentlichen nur einen Bereich gibt, das sind die alten Bergbaubahnbereiche in der Goitzsche in Richtung Delitzsch, dort eine Schnellverbindung zu entwickeln. Hier muss geschaut werden, welche Maßnahmen mit den Partnern angegangen werden. Die Schnellverbindungen sind sehr wichtig, weil wir uns weiter mit dem Mitteldeutschen Zentrum vernetzen wollen, nicht nur touristisch, sondern auch im Alltagsnahverkehr, da die Pendlerzahlen im Landkreis steigen. Hierzu werden dann mit den Partnerlandkreisen Gespräche geführt.

Herr Dittmann begrüßte das vorliegende Papier, würde hier aber eher von einem Streckenplan als von einem Fahrplan reden. **Herr Dittmann** bat darum, der Beschlussvorlage eine Fortschreibung, ein Kapitel einzufügen, was tatsächlich die unmittelbaren Handlungsempfehlungen beinhaltet.

(Herr Grabner gekommen = 9 Mitglieder anwesend)

Herr Roi fragte zur Maßnahmenliste der Bundesstraßen, ob dies dem Träger der Straßen auch so in „geballter Form“ mitgeteilt wird? In den letzten Jahren – im Rahmen des Verkehrswegekonzeptes – gab es Bürgeranfragen, dass bestehende Radwege an Bundesstraßen in einem teilweise schlechten Zustand sind. Es gab (von der Stadt) die Antwort, dass man hierfür nicht zuständig sei, die Mängel muss der Straßenbaulastträger beheben. Das sind Dinge, die seit Jahren besprochen werden aber es tritt keine Verbesserung. Bevor über Neubau geredet wird, sollten die vorhandenen Radwege in einen guten Zustand versetzt werden.

Weiterhin fragte **Herr Roi** zu den Kreisstraßen, das im Bereich K 2055 die Forderung aus der Stadt Bitterfeld-Wolfen aufkam, dass hier ein Radweg gebaut wird. Es ist auch eine Summe eingestellt. In der heute ausgeteilten Prioritätenliste steht das so nicht drin. Hier besteht die besondere Problematik, dass eine Autobahnbrücke über der A9 führt. Es müsste dann überlegt werden, wie ein Radweg über die Autobahn gebaut wird. Kann hierzu etwas gesagt werden?

Herr Hippe erklärte, dass bei der Erstellung und Erfassung der Maßnahmen nicht nur Kommunen, sondern auch der LSBB beteiligt worden sind. Das Land hat deutlich gemacht, dass alle Partner mit eingebunden werden, das ist eine Pflicht aus der Förderung heraus. Das Problem der Radwegequalität ist bekannt, man muss ständig immer wieder versuchen,

Partner zu finden, um zu schauen, wie man diese Radwege in den Umsetzungsmaßnahmen nach vorne bringen kann. Oftmals werden diese am Jahresende aus Restmitteln finanziert. Entscheidend ist aber, dass die Ausschüsse und der Kreistag am Ende dahinterstehen. Wenn die Kreisstraße in Reuden gebaut wird bzw. dort die Brücke ein Thema ist, dann muss das im Ausschuss thematisiert werden, ob wir hier mit diesem Papier auch gegenüber dem Land eine Argumentationsunterstützung haben, so **Herr Hippe**.

Das Land hat dieses Papier, auch nach den inhaltlichen Richtlinien und den verkehrsrechtlichen Aspekten, gefördert.

Bezüglich der Liste sagte **Herr Hippe**, dass es sein kann, dass die K 2055 nicht enthalten ist, weil dort noch die Maßnahmen mit den höchsten Prioritäten enthalten sind, das sind aber nicht alle. Deshalb werden diese in der GIS-Liste mit enthalten sein.

Herr Roi sagte bzgl. der K 2055, dass in der großen Liste eine Priorität 2,5 - der Verkehrsknotenpunkt - steht. Was genau ist hiermit gemeint?

Herr Woinar von der ISUP GmbH erklärte, dass es sich hier um 2 verschiedene Maßnahmen handelt. Zum einen die 8067 zwischen Rödgen und Thalheim und die andere, welche eine höhere Priorität hat und deswegen auch in der Liste mit den 10 höchsten Prioritäten enthalten ist, ist die Knotenpunktverbesserung. Hier handelt es sich um den innerörtlichen Handlungsbedarf, was nicht der direkte Fokus von einem Landkreisradverkehrskonzept ist. Wenn uns aber dieser Handlungsbedarf durch die Kommunen oder in dem Fall der Stadt Bitterfeld-Wolfen mitgeteilt wurde, dann wurde dies natürlich mit aufgenommen.

Herr Sonnenberger meinte, dass hier nicht über einzelne Maßnahmen gesprochen werden sollte, sondern es sei vielmehr die Frage, wie wir weiter vorgehen und das Konzept dann fortgeführt wird. Es sollte soweit vom Kreistag beschlossen werden und dann muss organisiert werden, dass die Fortschreibung und die Priorisierung funktioniert.

Es sind hier Millionensummen genannt worden, in den Plänen sind verschiedene Summen eingestellt. Im Schnitt kostet ein Meter Radweg ca. 250,00 Euro im Neubau – allerdings sollten wir diese Zahl nicht allzu ernst nehmen, der Preis ergibt sich erst aus der zentralen Planung. In der absoluten Summe steht hier zu wenig Geld zur Verfügung, trotzdem muss sich hier dringend um dieses Thema gekümmert werden. Nach dem Konzeptbeschluss sollte hier weiter dran gearbeitet und präzisiert werden. Es braucht jemanden, der sich darum permanent kümmert und engagiert.

Herr Urban lobte das Konzept und erklärte bezüglich des Knotenpunktes und der priorisierten Maßnahme 8067 - Radverkehrsführung Knotenpunkt verbessern - dass dies schon erfolgt sei. Was will man an dieser festen Kreuzung noch mehr machen? Sind das alle Maßnahmen, die noch umzusetzen sind oder sind hier schon Maßnahmen enthalten, die in den letzten Jahren bereits erfolgt sind?

Weiter fragte **Herr Urban**, ob es personell schon jemanden gibt, der sich der Sache – nach Beschlussfassung – annimmt?

Herr Woinar antwortete, dass es gänzlich eine Information aus der Stadtverwaltung sei, die schon als erste Verbesserungsmaßnahme vorgenommen wurde mit der Nachmarkierung der entsprechenden Schutzstreifen an der Stelle. Es herrscht aber noch Handlungsbedarf, weswegen diese Maßnahmen weiterhin enthalten bleibt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Northoff ließ sodann abstimmen.

Die **Vorlage 0504/2022** wurde **einstimmig** mit 7 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen dem Kreistag zur Beschlussfassung empfohlen.

Herr Northoff übergab die Sitzungsleitung **Herrn Grabner**.

Herr Grabner begrüßte alle Anwesenden.

Auf die Frage, wie lange die Umsetzung des Radwegekonzeptes dauern würde antwortete er, dass dies vermutlich mehrere Jahrzehnte in Anspruch nehmen wird.

Auf die Frage von **Herrn Urban**, wer sich demnächst kümmern wird, sagte **Herr Grabner**, dass es für die Umsetzung des Konzeptes noch keinen konkreten Mitarbeiter gibt.

Herr Maaß erklärte, dass er einen schweren Zugang zu diesem Konzept gefunden hatte. Es zeichnet auf, wo etwas sein müsste, aber genau genommen heißt es, dass es so nicht umsetzbar ist. Selbst wenn wir auf Zerbst, Köthen und Bitterfeld-Wolfen priorisieren, ist das vom Volumen her außergewöhnlich viel. Es sollte beschlossen werden, aber in nächster Zeit muss hier konkret im entsprechenden Ausschuss darüber beraten werden.

Punkt 9.2. Antrag der Fraktion Freie Wähler des Kreistages Anhalt-Bitterfeld zur Veränderung der Besetzung mit einem sachkundigen Einwohner im Sozial- und Gesundheitsausschuss
Vorlage: BV/0510/2022

Es gab keine Wortmeldungen.

Die **Vorlage 0510/2022** wurde **einstimmig** mit 9 Ja-Stimmen dem Kreistag zur Beschlussfassung empfohlen.

Punkt 9.3. Antrag der Fraktion CDU-FDP zur Veränderung der Besetzung mit einem sachkundigen Einwohner im Rechnungsprüfungsausschuss
Vorlage: BV/0511/2022

Es gab keine Wortmeldungen.

Die **Vorlage 0511/2022** wurde **einstimmig** mit 9 Ja-Stimmen dem Kreistag zur Beschlussfassung empfohlen.

Punkt 9.4. Wahl eines neuen stimmberechtigten Mitgliedes und eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses
Vorlage: BV/0516/2022

Es gab keine Wortmeldungen.

Die **Vorlage 0516/2022** wurde **einstimmig** mit 9 Ja-Stimmen dem Kreistag zur Beschlussfassung empfohlen.

Punkt 9.5. Veränderung bei der Besetzung des Vergabeausschusses - Fraktion SPD-Grüne
Vorlage: IV/0019/2022

Es gab keine Nachfragen.

Punkt 10. Behandlung öffentlicher Vorlagen

Es gab keine öffentlichen Vorlagen.

Punkt 11. Anfragen und Anregungen der Ausschussmitglieder

Herr Roi fragte bezüglich der eingereichten Änderungen zur Umbesetzung im Bau-, Wirtschafts- und Verkehrsausschuss, im Sozial- und Gesundheitsausschuss sowie bei der KomBA an, ob die Vorlagen noch auf die Tagesordnung des Kreistages vom 21.04.2022 genommen werden oder erst im übernächsten Kreistag behandelt werden?

Herr Grabner erklärte, dass diese im Juni auf die Tagesordnung des Kreistages genommen werden, da diese erst im Kreis- und Finanzausschuss vorberaten werden müssen.

Herr Egert fragte, ob Herr Grabner einige Ausführungen zur derzeitigen Ukraine-Krise geben könne?

Herr Grabner erklärte, dass aktuell ca. 1.300 Menschen im Landkreis aus der Ukraine aufgenommen wurden. Es ist die Überführung der Flüchtlinge aus der Ukraine ins SGB II geplant, d. h. damit läge die Zuständigkeit beim Jobcenter. Wann dies erfolgt, kann aber noch nicht gesagt werden, man geht aber davon aus, dass es relativ schnell gehen wird. Sodann muss geschaut werden, wie im Jobcenter personelle Ressourcen gewonnen werden können.

Herr Egert erklärte zu den bereits jetzt schon in den Kommunen untergebrachten Flüchtlingen, dass es hier eine Diskrepanz zwischen den tatsächlich vor Ort befindlichen gibt (vom Ausländeramt bisher gemeldeten) und denen, die erfassungsrechtlich in der Meldestelle gemeldet wurden. Ist dies in anderen Kommunen auch bekannt? Wenn ja, woran kann dies liegen bzw. wie können die Daten bereinigt werden?

Herr Grabner erklärte, dass es daran liegen könnte, dass teilweise die Flüchtlinge, die schon in den Kommunen durch Privatinitiativen untergebracht sind, noch nicht registriert sind.

Herr Grabner erklärte, dass es täglich Bewegungen durch die Zuweisungen der Wohnungen gibt, hier kann es sein, dass es Überschneidungen gibt.

Herr Dittmann sagte, dass es zum Stichtag 31.03.2022 laut Ausländerbehörde 179 Flüchtlinge in Zerbst waren, melderechtlich im Einwohnermeldeamt waren aber nur 61 erfasst. Das sind aber nicht alle Flüchtlinge.

Zum einen gab es die Order, dass die Einwohnermeldeämter erst Anmeldungen aufnehmen sollen, nachdem eine ausländerrechtliche Erfassung erfolgt ist, zum anderen sieht nicht jeder die Notwendigkeit, sich melderechtlich zu registrieren, da im Falle der Ukraine alle die Möglichkeit haben, sich über ihr Visum 90 Tage frei bewegen zu können. Insofern ist der Druck, sich zu melden nicht sofort da.

Das macht es erforderlich, so **Herr Dittmann**, dass die Gemeinden tatsächlich regelmäßigen Datenabgleich mit dem Landkreis brauchen, weil klar ist, dass die Einwohnermeldedaten für diesen Zweck keine Relevanz entfalten kann.

Weiter fragte **Herr Egert** zu den Zahlungen (ggf. auch der Konten Kreissparkasse bzw. der Zahlstellen, Optionen bei den Kommunen), ob hier schon ein Vorankommen ist?

Herr Grabner erklärte, dass es hier keine abschließende Bestätigung gibt.

Herr Dittmann wollte zu möglichen Flüchtlingskoordinatoren wissen, welche eine Schaltstelle zwischen der Kreisverwaltung und den Gemeinden bilden könnten? Wie ist hier der Stand?

Herr Grabner erklärte, dass aus seinem Kenntnisstand heraus die Anzahl von 2015 besteht.

Herr Böddeker erklärte hierzu, dass noch die Anzahl von 2015 besteht bis auf einen, von dem man sich trennen musste. Es ist allerdings auch nicht einfach, geeignete Bürger für diese Posten zu finden.

Herr Dittmann fragte weiter, ob mit niedrigeren Gebühren im Bereich der Kreismusikschulen Kurse für Flüchtlinge angeboten werden können, um den Kindern die Ankunftssituation im Landkreis zu erleichtern?

Herr Grabner sagte, dass er diesen Vorschlag gerne mitnehmen und prüfen würde.

Herr Böddeker erklärte, dass hier das Problem besteht, dass an den Musikschulen Wartelisten für die Kurse bestehen, alle Kurse sind belegt. Würden jetzt ukrainische Kinder vorgezogen werden, könnte dies zu Unmut führen. Vielleicht könnten befristet Lehrer eingestellt werden, um Kurse für die Flüchtlingskinder anzubieten.

Herr Dittmann erklärte, dass es einerseits das Amtshilfeersuchen des Landkreises an die Gemeinden gibt, Mitarbeiter mit Erfahrung für die Ausländerbehörde zur Verfügung zu stellen. Andererseits erschließt sich **Herrn Dittmann** nicht, warum von der KomBA keine Mitarbeiter bereitgestellt werden. Die KomBA ist eine Anstalt öffentlichen Rechts des Landkreises Anhalt-Bitterfeld, in solch einer Sondersituation muss es möglich sein, dass hier Personal abgestellt werden kann. **Herr Dittmann** bat, in der eigenen Zuständigkeit des Landkreises mit Nachdruck zu schauen und Mitarbeiter hierfür zu finden.

Herr Grabner sagte, dass sich das Jobcenter hier nicht verweigert. Es gibt derzeit viele Ausfälle aufgrund von Corona bzw. Krankheiten, darüber hinaus hatten wir in erster Linie um Mitarbeiter ersucht, die Ausländererfahrung haben, aber ist dem nicht so, kann alles erlernt werden. Es konnte eine Mitarbeiterin aus dem Leistungsbereich und zukünftig eine Mitarbeiterin aus der Vermittlung des Jobcenters gestellt werden.

Herr Urban fragte zur Überleitung in das SGB II, ob dies von Anfang an erfolgen soll oder gibt es hier erst einmal eine ausländerrechtliche Erfassung über die Ausländerbehörde? Die KomBA sei hier sicherlich nicht im Stande, eine Turnhalle vorzuhalten, die Flüchtlinge zu erfassen, aufzunehmen und in Unterkünfte zu bringen. Gibt es hier schon Lösungsansätze?

Herr Grabner antwortete, dass er hoffentlich zeitnah eine entsprechende Information erhalten wird, wo es eine entsprechende Videokonferenz mit der Sozialministerin geben wird. Hier können sicherlich zum Kreistag nähere Informationen gegeben werden.

Es gab keine weiteren Anfragen und Anregungen.

gez. Andy Grabner

Vorsitzende/r des Kreis- und Finanzausschusses

gez. Sabine Metzner

Nancy Henze

Protokollant/in